Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/93
27. 03. 87

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 2. April 1987

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	*Nummer der Frage*	*Abgeordneter*	*Nummer der Frage*
Antretter (SPD)	69, 70	Dr. Mertens (Bottrop) (SPD)	35, 36
Bachmaier (SPD)	21, 22	Nehm (SPD)	24, 25
Catenhusen (SPD)	9, 10	Dr. Nöbel (SPD)	5, 6
Conradi (SPD)	7, 8	Oesinghaus (SPD)	40, 41
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	19, 20	Peter (Kassel) (SPD)	11, 12
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	79	Dr. Pick (SPD)	68
Eigen (CDU/CSU)	46, 47	Poß (SPD)	34
Dr. Emmerlich (SPD)	63, 64	Reschke (SPD)	37, 38
Eylmann (CDU/CSU)	55, 56	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	77, 78
Gerster (Worms) (SPD)	59, 60	Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	3, 4
Dr. Hauchler (SPD)	42, 43	Sieler (Amberg) (SPD)	53, 54
Huonker (SPD)	28, 29	Dr. Soell (SPD)	61, 62
Kastning (SPD)	39, 73	Dr. Spöri (SPD)	27, 52
Dr. Klejdzinski (SPD)	44, 45	Frau Steinhauer (SPD)	1, 2
Kreuzeder (DIE GRÜNEN)	50, 51	Stiegler (SPD)	17, 18
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	48, 49	Uldall (CDU/CSU)	26
Kühbacher (SPD)	65, 66	Weiß (Kaiserslautern) (CDU/CSU)	71, 72
Kuhlwein (SPD)	23, 74	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	13, 14
Leidinger (SPD)	57, 58	Dr. Wieczorek (SPD)	30, 31
Frau Matthäus-Maier (SPD)	32, 33	Dr. de With (SPD)	15, 16
Menzel (SPD)	75, 76	Frau Würfel (FDP)	67

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

1. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung arbeitsmedizinische Untersuchungsergebnisse, wonach ein hoher Anteil der Krankenpfleger/innen in Alten- und Pflegeheimen durch häufiges Heben der Heimbewohner unter ernsthaften Rückenschmerzen leidet, und sieht die Bundesregierung darin auch Zusammenhänge hinsichtlich der Personalausstattung im Pflegebereich?

2. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß diese Berufsgruppe ein hohes Risiko trägt, Wirbelsäulenschäden davonzutragen, und ist die Bundesregierung bereit, die Bemühungen, diese Schäden als Berufskrankheiten anerkennen zu lassen, zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

3. Abgeordneter **Dr. Schroeder (Freiburg)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein, wonach der rasche Bau eines dritten Gleises für den Bundesbahnabschnitt Offenburg—Basel im Bereich der Rheintalstrecke gefordert wird, weil nur dadurch sowohl für den Fernverkehr als auch für den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr die notwendigen zusätzlichen Kapazitäten geschaffen werden könnten, und welche Folgerungen zieht sie hieraus?

4. Abgeordneter **Dr. Schroeder (Freiburg)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten bestehen, den künftigen ICE-Verkehr im Oberrheintal grenzüberschreitend nach Frankreich einzubinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen, daß der Untersuchungsausschuß der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) hinsichtlich der Praxis der Überprüfung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland zu folgendem Ergebnis gekommen ist: „Die in Anwendung der Treuepflicht zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung getroffenen Maßnahmen (haben) sich in verschiedener Hinsicht nicht innerhalb der Grenzen für die Einschränkungen gehalten, die Artikel 1 Abs. 2 des Übereinkommens Nr. 111 . . . zuläßt"?

6. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zur Einhaltung des Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, durch die Bundesrepublik Deutschland ziehen?

7. Abgeordneter
Conradi
(SPD)

In welcher Weise wird die Bundesregierung die Empfehlung des Untersuchungsausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) aufgreifen, im einzelnen zu prüfen, durch welche Maßnahmen die volle Einhaltung des Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung in der Bundesrepublik Deutschland bewirkt werden kann?

8. Abgeordneter
Conradi
(SPD)

In welcher Weise wird die Bundesregierung dem Hinweis des Untersuchungsausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) Rechnung tragen, daß sich die ratifizierenden Staaten gemäß Artikel 3 b des Übereinkommens verpflichten, „Gesetze zu erlassen . . ., die geeignet erscheinen, die Annahme und die Befolgung" der innerstaatlichen Politik der Gleichheit der Gelegenheiten und der Behandlung mit Bezug auf Beschäftigung und Beruf „zu sichern"?

9. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Kritik des Untersuchungsausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) an der Praxis der Prüfung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland, und welche Konsequenzen wird sie gegebenenfalls ziehen?

10. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Kann die Bundesregierung die Feststellung des Untersuchungsausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) bestätigen, daß im Bundesgebiet unterschiedliche Kriterien bei der Prüfung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst angelegt werden, und teilt die Bundesregierung die Auffassung des Untersuchungsausschusses, daß die teilweise strengeren Prüfungskriterien Bedingungen schaffen, „die über das Maß des für ein ordnungsgemäßes Funktionieren des öffentliches Dienstes Notwendigen hinausgehen"?

11. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)

Hält die Bundesregierung „die unterschiedslose Anwendung der Treuepflicht auf alle Beamten ohne Rücksicht darauf, wie sich ihre politische Haltung oder Betätigung auf die Ausübung der ihnen übertragenen Funktionen auswirken könnte" bei sämtlichen Arten der betroffenen Tätigkeiten für angemessen?

12. Abgeordneter **Peter (Kassel)** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung der folgenden Feststellung des Untersuchungsausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu: „Dem Anliegen, das Funktionieren des öffentlichen Dienstes in Krisen- und Konfliktzeiten zu sichern, könnten die Behörden dadurch entsprechen, daß sie die politische Zuverlässigkeit als Erfordernis der Beschäftigung in bestimmten Stellen je nach der Natur der Betroffenen Funktionen werten; eine solche Bedingung sollte indessen nicht auf die Beschäftigung von Beamten im öffentlichen Dienst generell erstreckt werden"?

13. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Untersuchungsausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit folge als erstes, „daß öffentlich Bedienstete beim Genuß der den Bürgern im allgemeinen zustehenden Rechte und Freiheiten keinen engeren Begrenzungen als denjenigen unterliegen sollten, die nachweislich notwendig sind, um das Funktionieren der Institutionen des Staates und der öffentlichen Dienste zu gewährleisten"?

14. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Wird die Bundesregierung der Anregung des Untersuchungsausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) folgen, daß bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst die Verfassungstreue in der Praxis der Bundesrepublik Deutschland allgemein vorauszusetzen ist und daß die Betätigung für legale politische Parteien nicht als unvereinbar mit der Treue zur Grundordnung gelten soll, sofern kein mit den Pflichten der jeweiligen Stellung unvereinbares spezifisches Verhalten vorliegt?

15. Abgeordneter **Dr. de With** (SPD)

Gegen welche anderen westeuropäischen Staaten sind Klagen nach Artikel 26 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation erhoben worden, und wie haben diese Staaten auf die Empfehlungen der jeweils eingesetzten Untersuchungsausschüsse reagiert?

16. Abgeordneter **Dr. de With** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung gemäß Artikel 29 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, die Empfehlungen des Ausschusses zur Überprüfung der Einhaltung des Übereinkommens Nr. 111 über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf) anzunehmen, oder beabsichtigt sie nach Artikel 29, den Streitfall dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten?

17. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Welche Tatsachen sind der Bundesregierung bekannt, die den Schlußfolgerungen widersprechen, die in Randnote 549 des Berichts des gemäß Artikel 26 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation eingesetzten Ausschus-

ses zur Prüfung der Einhaltung des Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf) durch die Bundesrepublik Deutschland enthalten sind, nämlich: „Diese Hinweise (daß Indoktrinationsversuche durch Lehrer sehr selten stattfinden) legen den Schluß nahe, daß es zwar in Einzelfällen zu Funktionsmißbrauch kommen mag . . ., dagegen kann aus bestimmten politischen Auffassungen oder Zugehörigkeiten nicht die Vermutung der Wahrscheinlichkeit eines Mißbrauchs abgeleitet werden. Diese Schlußfolgerung wird durch die große Mehrheit der Fälle erhärtet, die der WGB, Gewerkschaften oder die Betroffenen dem Ausschuß zur Kenntnis gebracht haben."?

18. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung, daß sie gegenüber dem Ausschuß die Notwendigkeit betont hat, „den Staat und seine Institutionen in Konflikt- oder Krisenzeiten zu sichern" (Rdn. 554 des Berichts) und daß der Bundesdisziplinaranwalt die Frage des Ausschusses," ob es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Krisen- oder Konfliktsituationen in der Stellungnahme der Regierung angesprochenen Art gegeben habe" (Rdn. 555 des Berichts) verneint hat, und sind der Bundesregierung Krisen- oder Konfliktsituationen der angesprochenen Art bekannt, die der Aufmerksamkeit des Bundesdisziplinaranwalts möglicherweise entgangen sind?

19. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

In welchen Punkten sind die tatsächlichen Feststellungen des Berichts des gemäß Artikel 26 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation eingesetzten Ausschusses zur Überprüfung der Einhaltung des Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf) durch die Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung unrichtig, und wie müßten sie nach Auffassung der Bundesregierung korrigiert werden?

20. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung in Randnote 586 des Berichts, daß bei der Einführung der Empfehlungen des Ausschusses verschiedene bereits in der Bundesrepublik Deutschland vorzufindende Grundsätze, Praktiken und Entscheidungen als Leithilfe dienen können, wie z. B. die Abschaffung der Regelanfrage in einigen Bundesländern und die Einführung einer Regelung, wie sie in einem Gesetzentwurf der Bundesregierung aus dem Jahre 1982 vorgesehen war, „wonach bei der Beurteilung der disziplinarrechtlichen Folgen des außerdienstlichen Verhaltens eines öffentlich Bediensteten Art und Ausmaß dieses Verhaltens, die dem Betroffenen übertragenen Aufgaben und seine Grundrechte, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerungen, zu berücksichtigen seien", und welche der genannten Maßnah-

men wird die Bundesregierung in ihrem Bereich zur Beachtung der Empfehlungen des Ausschusses ergreifen?

21. Abgeordneter **Bachmaier** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Empfehlung des Berichts des gemäß Artikel 26 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der Einhaltung des Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf) durch die Bundesrepublik Deutschland „voll den Wert und die Bedeutung jener Bestimmungen im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland anerkannt hat, die persönliche Rechte und Freiheiten garantieren und das Fundament für einen demokratischen Rechtsstaat legen" und daß der Ausschuß in keiner Weise „wünscht . . ., die Legitimität des Wunsches der Bundesbehörden in Frage zu stellen, diese Wesenszüge der Verfassungsordnung des Landes zu schützen und zu wahren" (Rdn. 582), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus bei der Verwirklichung der Empfehlungen des Ausschusses?

22. Abgeordneter **Bachmaier** (SPD)

Teilt die Bundesregierung folgende Schlußfolgerung des Ausschusses: „Wenn die Treueanforderungen sich bei öffentlich Bediensteten im arbeitsrechtlichen Beschäftigungsverhältnis unterscheiden lassen, dann müßte dies auch bei Beamten möglich sein. Diesen Schluß bestätigt generell auch die Erfahrung anderer Länder . . . Von diesem westeuropäischen Generalnenner hebt sich die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer generellen Treuepflicht signifikant ab. Die dem Ausschuß vorliegenden Informationen bestätigen generell diesen Schluß", und hält die Bundesregierung insbesondere im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses eine Angleichung dieser Treuepflichtvorschriften der einzelnen Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft für wünschenswert?

23. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, nach denen es im Zusammenhang mit dem Betrieb von Spielhallen zu wachsender Kriminalität kommt, und ist die Bundesregierung bereit, durch eine Änderung der Spielverordnung den Kommunen eine restriktivere Handhabung der Zulassung von Spielhallen zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

24. Abgeordneter **Nehm** (SPD)

Hält der Bundesminister der Finanzen seine Behauptung aufrecht, bei der Privatisierung des Bundesanteils am Volkswagenwerk stünden „ausschließlich ordnungspolitische Erwägungen im Vordergrund" (Die Welt, 26. Juni 1986), und

zählt er auch die Furcht vor Minderung des bereits in den Haushalt 1987 eingestellten Verkaufserlöses zu diesen ordnungspolitischen Gesichtspunkten?

25. Abgeordneter **Nehm** (SPD)

Geht die Bundesregierung noch davon aus, daß auch und besonders die Ausgabe von „Volks"- und Belegschaftsaktien eine sinnvolle Form der Überführung von Staats- in Privateigentum ist, und wäre sie bereit zu prüfen, ob die Ausgabe der – nach dem Devisenbetrug – erheblich wertgeminderten Aktien zu günstigen Konditionen an die VW-Arbeitnehmer geeignet ist, Termin und Zweck der Privatisierung zu sichern?

26. Abgeordneter **Uldall** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbsverzerrung, die dadurch entsteht, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Umsätze der Duty-Free-Shops mit Fluggästen aus EG-Ländern wie Inlandsumsätze besteuert werden, während in den übrigen EG-Ländern diese Umsätze steuerfrei bleiben?

27. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung derzeit noch keinen Überblick hat, wie sich das angekündigte „Steuerpaket 1990" im Ergebnis auf die Steuerbelastung der einzelnen Bürger auswirkt?

28. Abgeordneter **Huonker** (SPD)

Kann die Bundesregierung verbindlich ausschließen, daß durch das Steuerpaket 1990 einzelne Bürger unter Berücksichtigung der angekündigten „Umschichtungen" im Ergebnis höher belastet werden?

29. Abgeordneter **Huonker** (SPD)

Wird nach Auffassung der Bundesregierung die Anzahl der Veranlagungsfälle bei der Einkommensteuer infolge der Verkürzung der Proportionalzone ansteigen?

30. Abgeordneter **Dr. Wieczorek** (SPD)

Wie viele Steuerpflichtige werden durch die bereits im Detail festgelegte Tarifänderung 1990 (ohne die gegenzurechnenden Steuererhöhungen durch „Umschichtung") eine geringere Steuerentlastung als 1 000 DM im Jahr erhalten?

31. Abgeordneter **Dr. Wieczorek** (SPD)

Wie ist in Anbetracht der Tatsache, daß ein verheirateter Einkommensmillionär bei der Steuersenkung 1990 um 38 440 DM entlastet wird, ein verheirateter Durchschnittsverdiener hingegen nur etwas mehr als 900 DM Entlastung erfährt, die Aussage von Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung zu verstehen, daß das Schwergewicht der Entlastung bei den unteren und mittleren Einkommen liege?

32. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (SPD)

Kann die Bundesregierung widerlegen, daß die Lohn-/Einkommensteuerbelastung eines ledigen Arbeitnehmers mit statistischem Durchschnittseinkommen in den einzelnen Jahren von 1969 bis 1982 stets niedriger war als in diesem Jahr, in dem die Steuerbelastung mehr als 23 v. H. des Brutto-Arbeitslohns beträgt?

33. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (SPD)

Trifft es zu, daß ein verheirateter Arbeitnehmer ohne Kinder mit einem Jahres-Brutto-Einkommen von 60 000 DM um 14 v. H., ein verheirateter Arbeitnehmer ohne Kinder mit einem Jahres-Brutto-Arbeitslohn von 150 000 DM um 25,7 v. H. entlastet wird?

34. Abgeordneter **Poß** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Unternehmensgewinne in der Bundesrepublik Deutschland mit rund 34 v. H. Steuern im Durchschnitt belastet werden (vgl. Professor Dr. Konrad Littmann in „DIE ZEIT" vom 20. Februar 1987)?

35. Abgeordneter **Dr. Mertens (Bottrop)** (SPD)

Steht bereits fest, wie die für 1988 vorgesehene weitere „Verbesserung in der Progressionszone des Einkommensteuertarifs im Volumen von ca. 3 Milliarden DM" konkret ausgestaltet werden soll, und wenn ja, welche zusätzlichen Entlastungsbeträge ergeben sich für einen verheirateten Arbeitnehmer mit dem statistischen Durchschnittseinkommen von 40 000 DM brutto im Jahr und für einen verheirateten Arbeitnehmer mit einem Brutto-Einkommen von 300 000 DM im Jahr?

36. Abgeordneter **Dr. Mertens (Bottrop)** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für ein besonderes Merkmal eines leistungsfreundlichen Steuerrechts, daß nach den angekündigten Steueränderungen 1990 rund 95 v. H. aller Steuerzahler progressiv, d. h. mit ständig steigenden Steuersätzen besteuert werden, während der Anteil der progressiv Besteuerten nach dem Adenauer-Tarif 1960 noch bei ca. 5 v. H. lag?

37. Abgeordneter **Reschke** (SPD)

Trifft es zu, daß trotz der von der Bundesregierung beabsichtigten „Nachbesserung" der als unzureichend erkannten Steuersenkung 1988 der Grundfreibetrag immer noch um 270 DM unter dem von der SPD für 1988 vorgeschlagenen Grundfreibetrag von 5 022 DM bleibt?

38. Abgeordneter **Reschke** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf eines Gesetzes über die angekündigte Nachbesserung des als unzureichend erkannten Steuersenkungsgesetzes 1986/88 vorlegen?

39. Abgeordneter **Kastning** (SPD)

Trifft es zu, daß die für 1990 beabsichtigte Anhebung der Kinderfreibeträge für die Bezieher von Spitzeneinkünften zu einer jährlichen Steuerentlastung von 212 DM führt?

40. Abgeordneter **Oesinghaus** (SPD)

Wie ist in Anbetracht der Tatsache, daß Verheiratete mit Kindern im Einkommensbereich zwischen 70 000 DM und 170 000 DM geringer entlastet werden als Verheiratete ohne Kinder, die Aussage von Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung zu verstehen, daß das Schwergewicht der Steuerentlastung bei Familien liege?

41. Abgeordneter **Oesinghaus** (SPD)

Trifft es zu, daß die für 1990 beabsichtigte Anhebung der Kinderfreibeträge für die Bezieher kleiner Einkünfte lediglich eine Steuerentlastung um 2 DM im Monat bewirkt und daß auch der Kindergeldzuschlag nur um diesen Betrag angehoben werden soll?

42. Abgeordneter **Dr. Hauchler** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Erhöhung indirekter Steuern zur Finanzierung der Steuersenkung 1990 verbindlich ausschließen?

43. Abgeordneter **Dr. Hauchler** (SPD)

Kann die Bundesregierung den Abbau arbeitnehmerspezifischer Steuervergünstigungen zur Finanzierung der Steuersenkung 1990 verbindlich ausschließen?

44. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für notwendig, die Spieleinnahmen steuerlich besser zu erfassen, indem beispielsweise durch Verplombung geeigneter Zählautomaten die ein- und ausgeworfenen Geldbeträge nachprüfbar gemacht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

45. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Feststellung, daß in den Städten und neuerdings auch mehr und mehr im Kernbereich mittlerer Ortschaften Geschäftsräume, die bisher der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung dienten, durch Spielhallen ersetzt werden und dieser marktwirtschaftlich orientierte Verdrängungswettbewerb dadurch begünstigt wird, weil Spielhallenbetreiber Mieteinnahmen bieten, die offensichtlich ihre Begründung in hohen Spieleinnahmen haben?

46. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft ein Antidumpingverfahren für Harnstoff und möglicherweise auch Kalkammonsalpeter mit dem

Ziel durchführt, die Düngemittelimporte aus bestimmten Ländern um 20 v. H. bis 40 v. H. zu verteuern, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

47. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie würdigt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft bei Dünger ein Antidumpingverfahren zugunsten einiger Konzerne und zu Lasten von Millionen von Bauern der Europäischen Gemeinschaft bei Agrarprodukten durchführt, jedoch z. B. bei Sauerkirschen und Cornglutenfeed, jede Dumpinggefahr zuläßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

48. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit zur Lösung der EG-Agrarprobleme darin, ganz oder zum Teil die Butter-, Milchpulver- und Fleischberge der EG zu verschenken, und wenn ja, an wen?

49. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Welcher Betrag wurde 1986 von den vorgesehenen 450 Millionen DM des Beitragskostenentlastungsgesetzes in der Landwirtschaft ausgezahlt?

50. Abgeordneter **Kreuzeder** (DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung der EG-Agrarpolitik, die weitere Stillegungsprämien in Verbindung mit nationalen Programmen ankündigt, folgen und das Herauskaufen landschaftlicher Nutzflächen und die weitere Aufteilung der Landschaft in Schutzgebiete und chemieintensive Anbauzonen unterstützen, und wie will sie damit die Überschüsse abbauen?

51. Abgeordneter **Kreuzeder** (DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung mit der Unterstützung dieses Programms die Förderschwelle wiedereinführen und Wachstums- und agrarindustrielle Betriebe fördern, die gleichzeitig chemieintensive Landwirtschaft betreiben und andererseits Teile ihrer Flächen landschaftspflegerisch gestalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

52. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Ist die Bundesregierung angesichts der Chancen auf ein positives Ergebnis der Genfer Verhandlungen über einen Abbau der Mittelstreckenraketen bereit, auf die amerikanische Regierung dahin gehend einzuwirken, daß die Ausbaumaßnahmen auf dem Heilbronner Raketenstandort Waldheide, die sich bis 1988 auf 55 Millionen DM belaufen sollen, umgehend gestoppt werden?

53. Abgeordneter **Sieler (Amberg)** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für vereinbar mit ihrer Frauen- und Familienpolitik, daß die Wehrbereichsverwaltung den Zurückstellungsantrag eines wehrpflichtigen Familienvaters von einer Wehrübung mit der Begründung ablehnt, von seiner in Schichtarbeit als Krankenschweseter arbeitenden Ehefrau sei für die Zeit der Wehrübung zu erwarten, daß sie als Mutter ihre Berufstätigkeit für die bisher vom Vater mit übernommene Betreuung und Versorgung der minderjährigen Kinder unterbreche?

54. Abgeordneter **Sieler (Amberg)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung im Hinblick auf ihre Frauenpolitik die Auffassung der Wehrbereichsverwaltung, die Berufstätigkeit der Ehefrau stehe im Gegensatz zur Wehrpflicht des Ehemannes „von vorherein unter der Schranke der Familienverträglichkeit", mit anderen Worten: die berufliche Selbstverwirklichung der vom Wehrpflichtgesetz nicht betroffenen Frau sei also der Pflicht des Mannes nachrangig?

55. Abgeordneter **Eylmann** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Soldaten auf Zeit nach Beendigung ihrer Dienstzeit arbeitslos werden?

56. Abgeordneter **Eylmann** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen gibt es, diesem Personenkreis beim Übergang in das Zivilleben gezielt mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen zu helfen?

57. Abgeordneter **Leidinger** (SPD)

Treffen die Vorwürfe der Zeitschrift „Natur" in der Aprilausgabe 1987 über den Inhalt einer seit 1985 vorliegenden Expertise zu, nachdem in allen 184 Standortverwaltungen der Bundeswehr schwere Mängel im Umweltbereich und Verstöße gegen geltende Vorschriften festgestellt wurden, und welche wesentlichen Mängel und Tatbestände enthält diese Expertise?

58. Abgeordneter **Leidinger** (SPD)

Warum wurde die oben angeführte Expertise bisher unter Verschluß gehalten, und welche Maßnahmen hat das Bundesministerium der Verteidigung zur Mängelabstellung bisher ergriffen?

59. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Welchen Beitrag hat die Bundesregierung i. S. der Ausführungen von Bundesverteidigungsminister Dr. Wörner in dem 1983 erschienenen Buch „Die Atomschwelle heben" („Die NATO muß die Nuklearschwelle so weit heben, daß sie nicht durch die Entwicklung der militärischen Lage allein zu der Entscheidung für den Nuklearwaffeneinsatz gezwungen wird."), bisher konkret geleistet?

60. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Sind auch für die Militärstrategie aktuelle Konsequenzen ergriffen worden, um den frühen Ersteinsatz von Atomwaffen im Verteidigungsfall unwahrscheinlich zu machen, und werden strategische Szenarien für Übungen im westlichen Bündnis dem politischen Ziel „Die Atomschwelle heben" angepaßt?

61. Abgeordneter **Dr. Soell** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob und wann der Tennisspieler Boris Becker seinen Wehrdienst bzw. zivilen Ersatzdienst in der Bundesrepublik Deutschland abzuleisten gedenkt?

62. Abgeordneter **Dr. Soell** (SPD)

Falls dies der Bundesregierung nicht bekannt sein sollte, ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß Boris Becker, der öffentlich als „Vorbild der deutschen Jugend" präsentiert wird, alsbald seiner staatsbürgerlichen Pflicht nachkommt?

63. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Trifft es zu, daß der Tennisspieler Boris Becker nicht zum Wehrdienst herangezogen wird, wenn ja, aus welchen Gründen?

64. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine Änderung des Wehrpflichtgesetzes für erforderlich, damit gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßene Freistellungen von der Wehrpflicht zukünftig ausgeschlossen werden?

65. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Trifft es zu und welche Gründe waren maßgeblich, daß im Leitungsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung eine Entscheidung getroffen worden ist, daß der Deutsche Boris Becker, der seinen Wohnsitz aus Baden-Württemberg nach Monaco verlegt hat, nicht zur Wehrpflicht herangezogen wird, weil er seinen Lebensmittelpunkt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland genommen habe?

66. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Werden künftig junge Männer, die z. B. in den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz, Österreich, Dänemark oder sonstwo im Ausland ihren Wohnsitz nehmen, um zu studieren oder zu arbeiten, auch nicht zur Wehrpflicht herangezogen, und würde über eine solche Entscheidung der Grundsatz der Wehrgerechtigkeit gewahrt bleiben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

67. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Ist es richtig, daß Heilpraktiker AIDS behandeln dürfen, da diese Krankheit zwar dem Bundes-Seuchengesetz unterliegt, aber dort nicht aufgeführt ist?

68. Abgeordneter **Dr. Pick** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des baden-württembergischen Kultusministers Dr. Meyer-Vorfelder, der laut einem Bericht der „Allgemeinen Zeitung" Mainz in einem Rundschreiben Ringen und Boxen als aidsgefährdende Sportarten bezeichnet hat, und ist sie bereit, zu dem Thema in geeigneter Form Stellung zu nehmen?

69. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Wird ein Bundesmodell in der Drogenarbeit (Ganztagsbetreuung), das mit der Zielsetzung eines verstärkten Behandlungsangebots im ambulanten Bereich vorgesehen war, und dessen Konzeptionsarbeit sowie Ausschreibungen im Dezember 1986 gestoppt wurden, da die Gelder dafür dem Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit gesperrt wurden, weitergeführt?

70. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Bis zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen ist gegebenenfalls mit einer konkreten Finanzierung zu rechnen?

71. Abgeordneter **Weiß (Kaiserslautern)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie groß der Anteil der Sozialhilfeempfänger unter den Anspruchsberechtigten des Kinderzuschlages ist, und daß gerade dieser Personenkreis keinen wirtschaftlichen Nutzen vom Kindergeldzuschuß hat, weil der Kindergeldzuschuß als Einkommen nach dem Bundessozialhilfegesetz angerechnet wird?

72. Abgeordneter **Weiß (Kaiserslautern)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß somit lediglich eine Verlagerung der Mittel vom Bund auf die Kommunen erfolgt, und rechtfertigt dieses Verfahren den enormen Verwaltungsaufwand bei der Bundesanstalt für Arbeit?

73. Abgeordneter **Kastning** (SPD)

Was ist der Grund dafür, daß die Bundesregierung zwar bereits konkret eine Erhöhung der steuerlichen Kinderfreibeträge ab 1990 angekündigt hat, über die angestrebte Erhöhung des Kindergeldes mit Wirkung ab 1989 aber erst nach Vornahme eines in der Mitte der Legislaturperiode zu machenden „Kassensturzes" entschieden werden soll (vgl. „General-Anzeiger" vom 11. März 1987)?

74. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung wissenschaftliche Aussagen, wonach es in der Bundesrepublik Deutschland etwa 500 000 Menschen gebe, die beim Spiel an Glücksspielautomaten „süchtig" geworden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

75. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Ist der Bundesregierung ein EG-Vorschlag bekannt, in dem gefordert wird, die erlaubten Strahlungsgrenzwerte für Milch und Milchprodukte von 370 Becquerel auf 4 000 Becquerel und für andere Nahrungsmittel von 600 Becquerel auf 2 000 Becquerel heraufzusetzen?

76. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Welche Erkenntnisse sind für diese drastische Erhöhung ausschlaggebend, und welche Haltung gedenkt die Bundesregierung dazu einzunehmen?

77. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Welche gesetzgeberischen Maßnahmen sind geplant, um zukünftig den Export stark radioaktiv kontaminierten Futtermittels ins Ausland unterbinden zu können, und ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welcher Menge in der Vergangenheit auf Grund des Reaktorunfalls in Tschernobyl radioaktiv kontaminierte Futtermittel und Lebensmittel exportiert wurden?

78. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung, wie sie mir auf meine Frage vom 2. Februar 1987 geantwortet hat, auf die Vernichtung (oder auf den Nachweis der Vernichtung) der radioaktiv kontaminierten Molke verzichtet, und welche Vorstellungen hatte die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieses Verzichts über den weiteren Verbleib der Molke?

79. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Jahre 1062 im Raum Regensburg (45 Kilometer von Wackersdorf entfernt) ein Erdbeben der Stärke $I=VIII$ stattgefunden hat, und ist es richtig, daß nach den KTA-Regeln Atomanlagen nicht an Standorten errichtet werden dürfen, wo in historischer Zeit Erdbeben mit Stärke $I_o \geq VI$ mit Epizentrum im 50-Kilometer-Umkreis stattgefunden haben?

Bonn, den 27. März 1987

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 200821, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333